

Politische Abteilung II
p.A.45.22.(OLP).-AMA/PEM

Bern, 9. Dezember 1992

PLO: Offizieller Gesprächspartner des EDA

Orientierung des israelischen Charge d'Affaires, Arie Avidor (A.), durch Herrn Botschafter P.-Y. Simonin (SI), Bern, 4. Dezember 1992 10.00 h

SI ruft in Erinnerung, dass das EDA seit geraumer Zeit mit der PLO Kontakte unterhält. Es handelt sich dabei um eine beständige Politik des Dialogs mit allen am Nahostkonflikt beteiligten Parteien. Die Notwendigkeit eines solchen Dialogs, so SI, ist umso offensichtlicher geworden, seit vor einem Jahr in Madrid der Friedensprozess lanciert worden ist. Wir haben u.a. deshalb beschlossen, den Vorsteher des PLO-Beobachtungsbüros in Genf, N. Ramlawi (R.), ab sofort und ex officio als offiziellen Gesprächspartner der PLO beim EDA zu bezeichnen.

Dieser Entscheid, so SI, welcher zugegebenermassen einen wichtigen Schritt darstellt, beinhaltet keine Anerkennung der PLO bzw. des Staates Palästina, ändert den Status des PLO-Büros in Genf nicht und bedeutet auch nicht die Eröffnung eines PLO-Büros in Bern oder eine formelle "Akkreditierung" R.'s bei der schweizerischen Regierung. SI weist auch auf die **veränderte "Konjunktur" in Israel** selbst hin, welche uns den Entscheid erleichtert hat. Die Sprache der Regierung Rabin vis-a-vis der PLO und der Palästinenser ist anders als diejenige ihrer Vorgängerin, man kann aus den Erklärungen des Premierministers und des Aussenministers eine veränderte Einstellung bezüglich der de facto-Rolle, welche die PLO spielt, herauslesen. SI verweist ebenfalls auf den jüngsten Knessetbeschluss in erster Lesung, individuelle Kontakte zur PLO zu entkriminalisieren.

SI schliesst seine einleitenden Worte mit dem Hinweis, dass er angesichts unserer freundschaftlichen Beziehungen zu Israel die israelischen Behörden vor der Veröffentlichung der Pressemitteilung über unseren Entscheid informieren wollte.

A. bestätigt, dass sich die israelische Haltung gegenüber dem Friedensprozess entwickelt hat. PM Rabin und andere israelische Politiker haben zu verstehen gegeben, dass die "Kontakte" der palästinensischen Delegation deren eigene Sache sei. Die "Terms of reference" der Verhandlungen bleiben aber dieselben. Nach wie vor sind PLO-Mitglieder zu den Gesprächen nicht zugelassen. Das Verbot

individueller Kontakte zur PLO ist von der Knesset in erster Lesung aufgehoben worden, damit absurde Konsequenzen wie Gefängnisstrafen für Persönlichkeiten wie z.B. Abie Nathan verhindert werden können.

Aus den Äusserungen israelischer Verantwortlicher herauszulesen, dass eine israelische Oeffnung gegenüber der PLO begonnen habe, wie dies in der westlichen Presse spekuliert worden ist, wäre aber eindeutig falsch. Israel wünscht, dass möglichst bald, ev. schon im nächsten Frühling, in den "Gebieten" **Wahlen** stattfinden, welche eine legitime Palästinenservertretung hervorbringen werden. Die PLO ist nur in ihren eigenen Verlautbarungen eine legitime Vertretung der Palästinenser. In den Augen Israels ist sie nach wie vor eine **terroristische Organisation, welche im Hintergrund des Friedensprozesses eine "obskure" Rolle spielt.**

Die Schweiz, so A., ist in ihren aussenpolitischen Entscheiden souverän. Allerdings hegt er die Befürchtung, dass der schweizerische Schritt durch eine Aufwertung der negativen Rolle der PLO in den Friedensgesprächen kontraproduktiv wirke. A. wird seine Behörden informieren. **Eine Reaktion der israelischen Regierung ist über Bern oder Tel Aviv zu erwarten.**

SI ruft noch einmal in Erinnerung, dass es sich beim Entscheid des EDA im Grunde einzig um eine Offizialisierung von etwas bereits Bestehendem handle (keine Akkreditierung R.'s, kein Botschaftertitel). Der schweizerische Schritt sollte als positiver Beitrag zum Friedensprozess verstanden werden, nicht als das Gegenteil. SI ist im übrigen überzeugt, dass die Positionen in diesem Prozess allgemein flexibler geworden sind, dass ein neuer Wind weht (Hinweis auf akademische Wasserkonferenz in Zürich). A. bestätigt, dass Israel den Willen hat, den Friedensprozess voranzutreiben und Konzessionen zu machen. Die schweizerische Regierung, so SI, schätzt diese neue Politik Israels. Wir hoffen, dass der Friedensprozess nach dem 20.1.1993 einen zusätzlichen Impuls erhält. Unsererseits sind wir bereit, in den multilateralen Verhandlungen einen Beitrag zu leisten, wo dies gewünscht wird.

Politische Abteilung II

i.A.



Martin Aeschbacher